

„Vom Widersinn der Jagd“ von Carlo Consiglio, der hier die Jagd ad absurdum führt. Die Wildschweine vermehren sich nur so enorm, weil so viele geschossen werden, sie versuchen damit die Verluste auszugleichen, die ihnen Jäger zufügen. Es gab Versuche, bestimmte Gebiete (z.B. in der Schweiz) nicht zu bejagen und dort hat sich das natürliche Gleichgewicht wieder eingestellt.

Juliane Lukas, Jena

Nicht alles ist gleich antisemitisch

Zum Kommentar „Denken in Schwarz-Weiß“ (9.11.) erreichte uns dieser Leserbrief.

In dem Kommentar Herrn Bükers geht es um eine Bewertung von Stellungnahmen des Jenaer OBs Albrecht Schröter zur israelischen Landnahme auf palästinensischem Gebiet und um dessen Vorschlag, wie auf diese – völkerrechtlich unumstritten gesetzwidrige – „Siedlungspolitik“ politisch und ökonomisch reagiert werden könnte/sollte.

Ich zitiere Bükler: „Lasst uns Brücken bauen statt Mauern“, sagte er (Schröter) und betonte dann doch wenige Minuten später, dass man den Druck auf Israel erhöhen müsse. Abermals sprach er von einer „Kennzeichnungspflicht von Produkten aus den Siedlungen“ und brachte ein Einfuhrverbot dieser Waren in die EU ins Spiel. „Wir reden hier von dem Wunsch nach Kollektivstrafen: Sie träfen alle Menschen, nicht nur die Regierung des Landes. Wer aber vermag zu unterscheiden zwischen einem Juden- und einem Israel-Boycott?“ und fährt, mahnend-raunend, fort: „Keine unwichtige Frage an einem 9. November.“ Aus dem gezielten und klar umgrenzten Boykottvorschlag gegen Produkte aus unrechtmäßig annektierten Siedlungsgebieten wird bei Bükler eine „Kollektivstrafe“, „gegen alle Menschen“, und wer Überlegungen darüber anstellt, wie man die Regierung des Staates Israel und is-

raelische Firmen, die in solchen Siedlungsgebieten produzieren und damit am Unrecht Vorteil nehmen, zu einer Abkehr von ihren Praktiken motivieren mag, wird von B. in den Schlagschatten der nationalsozialistischen Verfolgung und weitgehenden Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas manövriert! Mindestens dies ist eine Ungeheuerlichkeit und das gleich in historischer, moralischer und journalistischer Lesart! Schließlich: Nicht alles, was Vertretungen der jüdischen Gemeinden als antisemitisch werten, muss es auch sein – man darf dazu nachdenken, zumal in Zeiten, wo im Staat Israel Netanyahus „Falken“ an der Macht sind. Das ist man nicht zuletzt jenen Israelis und Palästinensern schuldig, die sich weiterhin und immer wieder für ein Ende des israelisch-palästinensischen Konflikts und eine friedliche Zukunft der Region engagieren.

Und dazu auf internationale Unterstützung hoffen – möglicherweise auch mittels Sanktionen, wie einem streng dosierten „Mini-Boycott“ (gekürzt).

Prof. Dr. Hans Barkowski, Jena

Die Unheilspirale durchbrechen

Ebenfalls zum Thema schreibt in Leser.

Palästinenser wehren sich heute gegen diese andauernde Unterdrückung nicht mehr mit Hoffnung auf den Befreiungskrieg, Flugzeugentführungen und Attentaten, sondern zunehmend mehr mit dem friedlichen Mittel des Boykotts. Das ist zunächst einmal uneingeschränkt begrüßenswert. Daher werden sie darin vom menschenrechtsorientierten Teil des US-Judentums unterstützt. Abgelehnt wird dies selbstverständlich von der in Israel herrschenden Rechten und ihren Sympathisanten in aller Welt, auch bei uns. Mit dieser politischen Strömung möchte sich die demokratische

Mehrheit in unserem Land nicht gemein machen, zu Recht. Andererseits können die europäischen Staaten und besonders Deutschland, die wir vor 80 Jahren den Juden kaum einen anderen Ausweg ließen als sich eine neue Heimat zu suchen, es schlecht den Palästinensern gleichtun und diese neue Heimat wegwünschen.

Der einfache und selbstverständliche Ausweg aus diesem Dilemma ist schlicht, dass sich alle Beteiligten an geltendes Recht halten sollten und Europa nicht mehr jede Narretei Israels durchgehen lässt. Nichts anderes sagt und erstrebt OB Schröter, wenn er für Kennzeichnungspflicht für Waren aus den besetzten Gebieten eintritt. Sein und mein Ziel dabei ist selbstverständlich, dass das Besatzungsregime über die Westbank enden soll. Die Folge wäre entweder ein unabhängiger palästinensischer Staat auf dem Gebiet der Westbank und Gazas neben Israel, mit Jerusalem als gemeinsamer Hauptstadt, oder ein demokratischer Staat Israel-Palästina, mit gleichen Rechten für alle seine Bürger. Zusätzlich sehe ich als Jude unsere jüdische Seite in der Pflicht, die Unheilspirale dadurch zu durchbrechen, dass die israelische Regierung die palästinensische Seite für vergangenes und gegenwärtiges Unrecht um Verzeihung bittet. Dann wäre ein Neuanfang möglich (gekürzt).

Prof. Dr. Rolf Verleger, Lübeck

Es geht um eine korrekte Kennzeichnung

Zum selben Thema schreibt einer Leser.

Die Waren aus durch Israel besetztem Gebiet dürfen nicht wie Waren aus Israel betrachtet werden. Sie dürfen mit den Handelsvorteilen Israels nicht in die EU eingeführt werden. Eine Kennzeichnung der Waren aus

den besetzten Gebieten in den Supermärkten mit „Ursprungsland Israel“ ist falsch, es müsste eine korrekte Kennzeichnung erfolgen, wie sie Dr. Schröter anstrebt.

Volker Herrmann, Jena

Kommentar ist tendenziös

Auch dieser Leser widmet sich dem Kommentar vom 9. November.

Warum erscheint mir, der ich Sie überhaupt nicht kenne und zuvor noch nichts von Ihnen gelesen habe, Ihr Kommentar tendenziös? Geschickt ziehen Sie sich aus der Schusslinie, indem Sie zunächst die unbestreitbaren Verdienste des Oberbürgermeisters um Verständigung und um eine Welt ohne Gewalt und Waffen ansprechen. Am Schluss aber schreiben Sie: „Ein Kommunalpolitiker meint, Weltpolitik machen zu müssen“. Nein, Herr Bükler, Albrecht Schröters Haltung sowie vor allem sein Einsatz in dieser Frage hat vielmehr damit zu tun, dass hier ein Mensch angesichts jahrzehntelangen Unrechts aus Überzeugung Zivilcourage zeigt, eine Eigenschaft, die man auch anderen unserer gewählten Repräsentanten ebenso wie Bürgern (und Journalisten) unseres Staates zusprechen möchte.

Sie nehmen nebulöse, unspezifizierte Vorwürfe der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Jüdischen Landesgemeinde und anderer Organisationen in Deutschland in Ihre Argumentation auf. Bei diesen konnte man in ihrer Stellung zur Politik der Regierung Israels in der Vergangenheit alles andere als „Grautöne“ – wie Sie es bei OB Schröter anmahnen – heraushören, vielmehr taten sich diese als unbedingte „Israel-Versteher“ durch ausgeprägtes Schwarz-Weiß-Denken hervor. Natürlich sei der OB kein Antisemit – das wäre ja justiziabel, und davor scheut man sich offenbar. Aber: „Er transportiere antisemitische

Ressentiments“. Damit rückt „man“ ihn doch ein bisschen in die Nähe von Antisemiten. Nein, das machen nicht Sie, Herr Bükler! Sie zitieren nur diese perfiden Beleidigungen (gekürzt).

Ekkehart Drost, Göttingen

Vielen Dank für das Essen

Zum Bericht „Martinsschmaus in der Stadtkirche als überwältigender Moment (13.11.) schreibt eine Leserin.

Es waren 500 geladene Gäste ausgewählt, ein gemeinsames Martinsgans-Essen zu genießen. Als eine von den geladenen Gästen, möchte ich an dieser Stelle den drei Gründern der Veranstaltung, allen Sponsoren und den vielen freiwilligen Helfern ein ganz großes Dankeschön sagen. Es war eine gut organisierte Veranstaltung, ein ganz besonderes Erlebnis, so ein tolles Essen in einem so besonderen und niveaувollen Ambiente zu erleben und zu genießen.

Es war für mich etwas ganz Besonderes, ein tolles und schmackhaftes 3-Gänge-Menü in unserer Stadtkirche zu genießen. Die vielen freiwilligen Helfer bedienten die Gäste freundlich, flott und mit lieben Worten und alles klappte reibungslos. An dieser Stelle auch ein ganz großes Lob an den Partyservice Delikart mit ihrem langjährigen Chef Uwe Schmidt und seinen fleißigen Mitarbeitern. Alles in allem eine gute Idee, toll umgesetzt und ich hoffe, 2018 findet die 2. Benefizveranstaltung statt. Für mich war es ein toller Tag mit Sonne, trotz Regen und Sturm (gekürzt).

Karin Linke, Jena

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns vor, Texte zu kürzen. Leserbriefe per E-Mail senden Sie bitte an leserbrief@tlz.de